

09.04.2013

Kleine Anfrage 1043

des Abgeordneten Christof Rasche FDP

Ist die geplante Umweltzone in Erwitte mehr als Symbolpolitik?

Aufgrund der Überschreitung des zulässigen Jahresmittelwertes für Stickstoffdioxid (NO₂) am Messpunkt Soester Straße 9a in Erwitte, sind Maßnahmen zur verkehrlichen Entlastung am Knotenpunkt B1/B55/L734 notwendig. Eine adäquate Entlastungsmöglichkeit ist der Bau der B55n, ebenso könnte der Bau der B1n Abhilfe schaffen.

Entscheidende Schritte zur Forcierung einer solchen Lösung hat die Landesregierung bisher nicht unternommen. Stattdessen plant die Landesregierung offensichtlich die Einführung einer Umweltzone in Erwitte. Ob diese Umweltzone zu einer nachhaltigen und langfristigen Verringerung der Verkehrsbelastung und der damit verbundenen Stickstoffbelastung führt, wird bezweifelt. Vielmehr wird darin eine Symbolpolitik vermutet, die zudem durch die Einfahrverbote große Nachteile für Unternehmen, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft verursacht. In Konsequenz wird diese Symbolpolitik damit Arbeitsplätze in Erwitte und der Region gefährden.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Grundlagen von Daten, Informationen und Umfragen sind für die Landesregierung bzw. die ausführende Bezirksregierung zur Einrichtung einer Umweltzone in Erwitte notwendig?
2. Ist die Einrichtung einer weiteren Messstation an der Lippstädter Straße, die weit mehr befahren wird als der Standort Soester Straße 9a, seitens der Landesregierung abgelehnt worden?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um die Überschreitung des zulässigen Jahresmittelwertes für Stickstoffdioxid (NO₂) in Erwitte zu beheben?

Datum des Originals: 09.04.2013/Ausgegeben: 09.04.2013

4. Teilt die Landesregierung die allgemeine Auffassung, dass der Bau der B55n und der B1n die beste, wenn nicht sogar einzige Alternative ist, die zu einer nachhaltigen und langfristigen Entlastung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger führen würde?
5. Wie bewertet die Landesregierung – insbesondere vor dem Hintergrund der im Gespräch mit Wirtschaftsminister Duin am 21. Februar 2013 geäußerten Kritik der Betriebsräte der Erwitter Zementwerke – die Vor- und Nachteile der geplanten Umweltzone für Unternehmen, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft?

Christof Rasche